



**Klima retten - Erneuerbare Energien ausbauen - Regionalwirtschaft stärken -
Zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen - Heimat bewahren - Natur schützen -
Lebensqualität sichern**

Offener Brief

21.01.2019

An den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein- Westfalen, Herrn Armin Laschet

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

2018 wurde im Ruhrgebiet der Steinkohlebergbau beendet, für 2019 steht nun eine Entscheidung über das Ende des Braunkohlebergbaus an. In wenigen Tagen wird die Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohlekommission) in Berlin ihre Empfehlungen der Bundesregierung unterbreiten.

Anders als im Ruhrgebiet existiert für das Rheinische Braunkohlegebiet bisher keine Regelung, wie die zu erwartenden Schäden und daraus entstehenden Folgekosten der Braunkohleverstromung nach dem Kohleausstieg aufgefangen werden sollen.

Das aktuelle wie langfristige Gefahrenpotential ist vielfältig und wird erhebliche Belastungen auch für nachfolgende Generationen bedeuten.

Zu unterscheiden sind dabei sogenannte Bergschäden sowie die Gefahr der Kontamination von Oberflächenwasser (bereits jetzt feststellbar) und Grundwasser, welches nach Einstellung der Sumpfungsmaßnahmen in den nächsten Jahrzehnten kontinuierlich ansteigen wird.

Bergschäden

- **Setzungen in Gebäuden, Risse und Totalschäden**
- **Schäden an Kanalisation und Leitungen**
- **Schäden in der Landwirtschaft**
- **Wertverluste für betroffene Immobilien**
- **Großflächige Bodenabsenkungen**

Grundwasser

- **Altlasten in ehemaligen Tagebauen mit teilweise hohem Risikopotential**
- **Gefahr der Kontaminierung bei Wiederanstieg des Grundwassers**
- **Ungeklärte bzw. unzureichende Sicherheitsleistungen des Betreibers**
- **Hohe Kosten für den Steuerzahler bzw. Grundstückseigner zu befürchten**

**Wir fragen Sie und ihre Landesregierung:
Welche Vorkehrungen treffen Sie, um Schäden von den Betroffenen jetzt und
in Zukunft abzuwenden?**

Angesichts der von RWE-Seite zu erwartenden Entschädigungsforderungen für den angestrebten früheren Ausstieg fordern wir, dass der Konzern vollumfänglich für die Folgekosten einsteht.

Daher appellieren wir an Sie, vorsorglich zu handeln und vorrangig die Interessen der vom Bergbau betroffenen Menschen und Gemeinwesen bei den anstehenden Verhandlungen zu vertreten. Dies bekräftigen wir mit dem angefügten, von vielen Bürgern, Initiativen und Parteien gezeichneten Appell.

Für das Aktionsbündnis Stommeler Bürger „Leben ohne Braunkohle“
Rudolf Brands, Josef Schumacher

c/o Rudolf Brands Zum Ommelstal 97, 50259 Pulheim Tel.: 02238/15253 e.mail:
rudolfbrands@netcologne.de

Anlage: Stommelner Appell mit über 500 Unterschriften unterstützt von :

Netzwerk der Bergbaugeschädigten, Lokale Agenda Pulheim, Buirer für Buir, Tschö RheinEnergie Köln,
Dachverband der kritischen Aktionäre, Klimagewerkschafter (Gewerkschafter*innen für Klimaschutz), BUND Ortsgruppe Hürth-Gleuel, Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband und Ratsfraktion Pulheim, Die Linke Kreisverband Köln

Verteiler: Staatskanzlei, Geschäftsstelle der Kommission WSB, Medienvertreter